

AHL gegen jegliche Quotenregelung

Die AHL („Association des Hommes du Luxembourg“) spricht sich in einer Pressemitteilung gegen jegliche Quotenregelung aus. Biologische Eigenschaften eines Kandidaten seien in unserer Kultur irrelevant, derweil die Quote einen Kandidaten allzu sehr auf eine einzige seiner Eigenschaften reduziere, nämlich sein Geschlecht.

Auch sei es nur noch ein kleiner Schritt von der numerischen Quote bis zur Gesinnungsquote. Dann werde es nicht mehr reichen, so und so viele Frauen in einem bestimmten Gremium zu zählen, sondern es würden auch noch solche mit der richtigen Gesinnung sein müssen, befürchtet der „Verein der Männer in Luxemburg“.

Aufgrund ihrer grundsätzlichen Kritik an der Quote, lehnt die AHL

auch alle damit im Zusammenhang stehenden Wahlsysteme ab. Dazu zählen zum Beispiel paritätisch besetzte Wahllisten, nach Geschlechterkriterien festgesetzte Listenplätze, so genannte „Reißverschlussysteme“, und ähnliches mehr. Alle solchen Verfahren würden die Wahlfreiheit des Bürgers ungebührlich einschränken.

Die AHL kritisiert des Weiteren alle Kampagnen, die Kandidaten eines Geschlechts einen Vorteil gegenüber den Kandidaten des anderen Geschlechts verschaffen sollen. Hierzu würden z. B. staatlich finanzierte Broschüren oder Internet-Seiten zählen, welche ausschließlich die Kandidatinnen und deren politische Ansichten vorstellen würden. Der Einsatz solcher Werbemittel verstoße gegen den fairen Wettbewerb,

der auch in der Politik seine Gültigkeit haben müsse.

Die AHL erachtet zudem spezielle, staatlich finanzierte Observatorien zur Beobachtung der Wahlerfolge von Frauen als überflüssig. Das Frauenministerium habe im Übrigen auch Kurse nur für politisch interessierte Frauen bezahlt, was einer klaren, staatlich organisierten Benachteiligung der politisch interessierten Männer gleichkomme.

Auch stellt die AHL fest, dass die Tatsache, dass weniger Frauen als Männer politisch aktiv seien, nicht auf eine etwaige Diskriminierung der Frauen zurückzuführen sei, sondern auf ein durchschnittlich weniger stark entwickeltes politisches Interesse bei den Frauen als bei den Männern.

Die Glaubwürdigkeit der Forderung nach einer Quote leide auch

darunter, dass diese immer nur dann vorgebracht werde, wenn es sich um gesellschaftlich hoch stehende Positionen handele. Bei besonders gefährlichen, gesundheitsgefährdenden, kraftraubenden oder unhygienischen Berufen, die traditionell eher von Männern ausgeführt würden, sei der Ruf nach einer Frauenquote nicht zu vernehmen.

Die AHL betont, dass der Zugang zu öffentlichen Ämtern und Funktionen keineswegs einem Quotendenken unterworfen sein dürfe. In diesem Sinne ruft die AHL alle Parteien auf, welche sich in der Vergangenheit eine Quote gegeben haben, diese wieder abzuschaffen und somit den freien und fairen Wettbewerb unter allen ihren Mitgliedern wieder zu ermöglichen.